

Erste sicherheitspolitische Veranstaltung GfW und CiDAN

Am 17. Oktober 2009 fand in Straßburg die erste gemeinsame sicherheitspolitische Veranstaltung der GfW mit ihrem französischen Partner CiDAN statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, die im Oktober 2007 unterzeichnete Charta mit Leben zu erfüllen.

In Ihrem Grußwort betonte die Präsidentin der GfW, Claire Marienfeld-Czesla, die Notwendigkeit, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen, ohne die transatlantische Partnerschaft und die Ziele der Vereinten Nationen in Frage zu stellen. Etwa 180 Mitglieder beider Organisationen waren nach Straßburg angereist, um an der Veranstaltung teilzunehmen.

Auf deutscher Seite war es der Landesbereich Baden-Württemberg der GfW, der die Veranstaltung vorbereitet hatte und dessen Mitglieder zahlreich vertreten waren.

Das in Straßburg stationierte Hauptquartier des EUROKORPS erklärte sich nicht nur bereit, den organisatorischen Rahmen zu stellen, vielmehr war es der Kommandierende General, Generalleutnant Hans-Lothar Domröse selbst, der die Gäste mit einer eindrucksvollen Präsentation über das Korps, dessen bisherige Entwicklung und seine zukünftigen Aufträge unterrichtete. Ergänzt wurde dieser Vortrag durch den Kommandeur der dem Korps operativ unterstellten Deutsch-Französi-



Kommandierender General EUROKORPS, Generalleutnant Hans-Lothar Domröse; Präsidentin GfW, Claire Marienfeld-Czesla, Präsident CiDAN, Jaques Sonnet (v.l.n.r.).
Foto: GfW

schen Brigade, Général de Brigade Philippe Chalmel, der seinen Großverband dem bi-nationalen Forum vorstellte.

Für den Nachmittag konnte General a.D. Rainer Schuwirth zum Vortrag über Perspektiven der Zusammenarbeit von NATO und EU gewonnen werden. Der ehemalige Chef des Stabes SHAPE und Generaldirektor des EU-Militärstabes zeigte in einem beeindruckenden Vortrag den Stand der Entwicklung ebenso auf, wie zahlreiche Defizite, die in der Zukunft noch zu beheben sind. Dabei zeigte sich besonders die Schwierigkeit in beiden Organisationen, den politischen Willen für einen Einsatz in die Realität, sprich in Truppenkontingente (»boots on the ground«) umzusetzen.

Im Rahmen der Veranstaltung konnten auch Vertreter befreundeter ausländischer Organisationen begrüßt werden. Die Österreichische Gesellschaft für Sicherheitspolitik und Landesverteidigung war vertreten durch den Landesvorsitzenden Vorarlberg, Professor Ernest F. Enzelsberger. Oberst im Generalstab Bruno Lezzi, der bekannte Schweizer Journalist, vertrat den Schweizer Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft. Die GfW hofft, beide Organisationen langfristig als weitere Partner gewinnen zu können.

Der Rahmen der Veranstaltung in der Liegenschaft des

Korps mit einem gemeinsamen Mittagessen und der Möglichkeit zum Gedankenaustausch bei einer Tasse Kaffee, bot die Gelegenheit neue Verbindungen zwischen CiDAN und der GfW zu knüpfen. So bahnt sich schon jetzt die Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Sektionen beiderseits des Rheins an. Abschließend sei an dieser Stelle dem EUROKORPS noch einmal gedankt für die hervorragende und nicht selbstverständliche Unterstützung der Veranstaltung, die in Zukunft regelmäßig in der Europastadt Straßburg, am Sitz des multinationalen EUROKORPS durchgeführt werden und für weitere Nationen geöffnet werden soll.

Manfred Wistuba,
Geschäftsführer GfW

Landesbereich V – Baden-Württemberg

Die Sektionsleiter und der Landesvorsitzende trafen sich am 25. Juli 2009 zu einer Landesbereichsversammlung in Stuttgart. Verbunden wurde dies mit einem Truppenbesuch beim USEUCOM, den der Sektionsleiter Stuttgart, Jochen Griesinger, organisatorisch vorbereitet hatte. Die Vertreter der GfW wurden dort vom Stellvertretenden Befehlshaber, Vice Admiral Richard Gallagher, empfangen. Admiral Gallagher trug in einem sehr eindrucksvollen Briefing zu sicherheitspolitischen Brennpunkten auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten und Afghanistan vor. In seinem Überblick streifte er auch die aktuelle Lage in Russland.

Er vermittelte dabei sicherheitspolitische Aspekte, wie sie so in den Medien und in Äußerungen von politischer Seite in Deutsch-

land nicht zu hören sind. Zahlreiche Fragen zeigten, wie sehr sein Vortrag das Interesse der Zuhörer geweckt hatte. Dieser offizielle Teil schloss ab mit einem Lunch in den Räumlichkeiten des Kommandos.

Sektion Freiburg Sektionsleiter: Daniel Schneider

Am 26. März 2009 setzte die Sektion Freiburg die gemeinsame Vortragsreihe mit der Deutsch-Französischen Brigade und dem Arbeitskreis Sicherheitspolitik an der Universität Freiburg e.V. (AKSichPol) fort. Für diese gemeinsame Veranstaltung konnte die Sektion Freiburg mit dem Chef des Planungsstabes der Schweizer Armee erneut einen hochrangigen Referenten gewinnen. Am 26. März 2009 trug Di-

visionär Andreas Bölsterli am Sitz der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim über »Die Schweizer Armee – Heutige Herausforderungen und künftige Entwicklungen« vor.

Gerade in der Region um Freiburg und Müllheim, die sowohl an die Schweiz als auch an Frankreich grenzt und besonders enge Beziehungen in die Nachbarländer pflegt, sind die Umgestaltungen der Schweizer Armee ein sehr aktuelles und interessantes Thema. Vor dem Hintergrund der in Deutschland oftmals diskutierten Transformation der Bundeswehr sollte durch diesen Vortrag ein Einblick in die Planungen zur zukünftigen Gestaltung der Streitkräfte in der Schweiz gegeben werden, um auf diese Weise einen internationalen Vergleich zwischen der Entwicklung



in der Schweiz und in Deutschland zu ermöglichen.

Divisionär Bölsterli gab zunächst eine Einführung in die derzeitige Aufgabenstellung der Schweizer Armee. Die zentrale Aufgabe der Schweizer Armee sei nach wie vor die Sicherung des eigenen Territoriums. Allerdings sei eine Schwergewichtsverlagerung von der Abwehr militärischer Aggression hin zur Raumsicherung, Friedenssicherung und Existenzsicherung erfolgt. Aufgrund des Rückgangs der Verteidigungsausgaben in der Schweiz sei die Umsetzung des Projekts Armee XXI nicht wie geplant zu realisieren. Die klassischen Militärausgaben seien zugunsten der Sicherungsaufgaben zurückgenommen worden. Dies habe zu zahlreichen internationalen Kooperationen, wie etwa im Bereich Ausbildung, Rüstungsbeschaffung oder humanitäre Einsätze, geführt. Die Schweizer Armee beteilige sich im Zuge der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch zunehmend an militärischen Aufgaben der Europäischen Union zur Friedensstabilisierung und Friedenssicherung in Europa. Allerdings verbiete die Schweizer Verfassung friedenszwingende Einsätze, vielmehr dürfe sich die Schweiz nur an Operationen auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen oder der OSZE beteiligen. Für die zukünftige Planung werde ein so genannter Masterplan aufgestellt, der alle betriebswirtschaftlichen Bedingungen enthalte und darauf aufbauend klare Einschränkungen bei der zukünftigen Ausrichtung der Schweizer Armee nach einer Abwägung aller Anforderungen nach sich ziehen werde. Dies müsse bei der Weiterentwicklung berücksichtig

werden. Abschließend stellte sich Divisionär Bölsterli den vielen Fragen aus dem Auditorium.

Zahlreiche interessierte Zuhörer fanden sich am 7. Juli 2009 zum Vortrag von Generalleutnant Johann-Georg Dora in Freiburg ein. Mit dem Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr und Beauftragten für Reservistenangelegenheiten ist es dem Arbeitskreis Sicherheitspolitik an der Universität Freiburg, der Arminia Freiburg, der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sowie der Reservistenkameradschaft Freiburg gelungen, einen hochrangigen Referenten zu gewinnen. In seinem Vortrag über »Vernetzte Sicherheitspolitik und die aktuelle Lage in den Einsatzgebieten« ging der General auf die beiden zurzeit brisantesten und meist diskutierten Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und vor der Küste Somalias ein. Neben den strukturellen Aspekten sorgten eingestreute Details und Anekdoten für einen kurzweiligen und interessanten Vortrag. Anschaulich erläuterte Dora die Notwendigkeit eines kombinierten zivil-militärischen Ansatzes, wie ihn die Bundeswehr schon seit Beginn des Einsatzes verfolgte und der jetzt auch von anderen in Afghanistan im Einsatz befindlichen Nationen übernommen wird. Er zeigte die Aufgabenteilung zwischen militärischer Komponente und zivilen Organisationen sowie die wichtige Frage der Koordination aller Teile auf. Er stellte noch zu bewältigende Aufgaben und bereits erzielte Fortschritte dar, machte aber auch deutlich, dass die verbleibende Dauer des Einsatzes nicht abzuschätzen sei. Angesprochen wurden darüber hinaus beispielsweise Bereiche wie

Bildung und Bekämpfung des Drogenanbaus.

Dass allein mit militärischen Mitteln keine dauerhafte, stabile Lösung zu erreichen ist, gilt auch für den zweiten Einsatz, der thematisiert wurde. Zur Verhinderung von Piraterie sind neben den Schiffen der EU-Mission ATALANTA auch weitere Marineeinheiten aus aller Welt am Horn von Afrika und im Golf von Aden im Einsatz. Doch allein die schiere Größe des zu überwachenden Seegebiets stellt eine große Herausforderung dar. In der anschließenden Diskussion wurde auch auf die juristischen Aspekte der Pirateriebekämpfung eingegangen.

Ferner fand im IV. Quartal, am 20. und 21. November, bereits zum 16. Mal der internationale sicherheitspolitische Kongress in Karlsruhe statt. Diese gemeinsame Veranstaltung der Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr und des Landesbereichs der GfW stand unter dem Motto »Politische Entscheidungen 2009 – neue Herausforderungen«. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hatte sein Kommen ebenso zugesagt, wie ein Vertreter des USEUCOM, und die Herren Hans-Jürgen Maurus vom ARD-Hauptstadtstudio und MdB Ernst-Reinhard Beck. Ferner nahmen zahlreiche, auch internationale Gäste am Kongress teil. Der Kongress stand unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Günther H. Oettinger und gilt als eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Veranstaltungen im Südwesten.

Wolfgang Kopp,
Landesvorsitzender

In eigener redaktioneller Verantwortung.



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik E.V.

53111 BONN, WENZELGASSE 42, TEL.: (02 28) 65 25 56, FAX: (0228) 65 80 93, www.GfW-eV.de, E-Mail: gfw-bonn@t-online.de

ÜBERPARTEILICH – UNABHÄNGIG – GEMEINNÜTZIG –

Die Gesellschaft hat sich die **AUFGABE** gestellt, durch Öffentlichkeitsarbeit ihrer über 100 Sektionen, Verständnis zu wecken für

- die Notwendigkeit vorbereiteter Landesverteidigung
- die Zugehörigkeit zur Atlantischen Gemeinschaft
- verstärktes Bemühen um europäische Zusammenarbeit

Die **SEKTIONEN** veranstalten Vorträge, Seminare, Diskussionen und Truppenbesuche sowohl für ihre Mitglieder wie für Gäste aus allen Berufsgruppen, dem öffentlichen Leben, dem Bildungswesen, der Jugend, sowie der Bundeswehr und ihrer Reservisten.

ORGAN der GfW ist die Monatsschrift **EUROPÄISCHE SICHERHEIT**. Der Bezug der Zeitschrift deckt den Mitgliedsbeitrag ab. Die GfW im Internet: www.GfW-Sicherheitspolitik.de

ZUSCHRIFTEN bitte an die Geschäftsstelle (s. o.)

SPENDEN (gegen Spendenbescheinigung): Sparda-Bank Köln eG (BLZ 370 605 90), Kto.: 200 640 220

Präsidentin: Claire Mariefeld-Czesla

Geschäftsführer: OTL a.D. Manfred Wistuba

Sektionen der Gesellschaft, regional in Landesbereichen zusammengefaßt, bestehen u. a. in folgenden Orten:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg
(Tel. 04 61/6 20 04):

Appen-Üetersen, Eggesin/Torgelow, Flensburg, Hamburg, Herzogtum Lauenburg, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Rostock und Schwerin;

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel. 0 42 62/82 73):

Aller/Weser, Aurich/Ostfriesland, Braunschweig, Bremen, Bremervörde-Zeven, Celle, Delmenhorst, Diepholz, Niedersachsen-West, Goslar, Göttingen, Hannover, Oldenburg i.O., Osterode/Harz, Peine, Soltau, Wilhelmshaven und Friesland;

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel. 0 57 22/90 61 02; Fax 0 57 22/90 61 03):

Aachen-Heinsberg, Detmold, Dortmund-Unna, Düren, Düsseldorf, Erftkreis/Kreis Euskirchen, Essen, Köln, Krefeld, Lippstadt, Minden, Münster, Recklinghausen, Rheine, Siegen-Wittgenstein-Olpe, Soest-Arnsberg, Wuppertal-Berg. Land;

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel. 0 22 55/42 58):

Bad Neuenahr-Ahrweiler, Darmstadt, Frankfurt, Fritzlär, Fulda, Gießen, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Kassel, Koblenz, Landau-Südpfalz, Marburg, Neustadt/Weinstr., Saar, Trier, Waldeck-Frankenberg, Westerwald, Wetzlar, Wiesbaden, Wolfhagen-Hofgeismar, Zweibrücken;

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel. 0 75 71/68 55 85):

Bodensee-Oberschwaben, Franken, Freiburg, Heidelberg, Hochrhein, Karlsruhe, Konstanz, Nordschwarzwald, Ortenau, Ostwürttemberg, Sigmaringen, Stuttgart, Tauberkreis, Tübingen, Ulm;

Landesbereich Bayern (Tel. 0 89/3 11 06 24):

Ansbach, Augsburg, Bad Kissingen, Bad Reichenhall, Hof, Ingolstadt, Kempten/Allg., Miltenberg, München-Starnberg, Nürnberg-Fürth, Regensburg, Rosenheim/Chiemgau, Schongau/Altenstadt, Weiden, Würzburg;

Landesbereich Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

(Tel. 0 30/36 28 96 97)

Berlin, Dresden, Erfurt, Frankfurt, Gera, Halle, Königs Wusterhausen, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Strausberg

Unmittelbar dem Vorstand zugeordnet:

Bonn (Zusammenarbeit mit Landesbereich Nordrhein-Westfalen)

Tel.: 0 26 45/36 65

Berlin (Zusammenarbeit mit Landesbereich Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)

Tel.: 0 30/22 60 59 74